



**Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni**

Medienmitteilung

Vernehmlassungen

BDP verlangt Grundsatzdiskussion zum Gesundheitswesen

Die BDP Graubünden hat sich zu zwei wichtigen Sachgeschäften vernehmen lassen. Es sind dies die Gemeinde und Gebietsreform sowie die Spitalplanung. Bei der Spitalplanung verlangt die Partei eine grundsätzliche Diskussion zur Gesundheitsversorgung im Kanton Graubünden.

Für die BDP ist die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen seit längerer Zeit Anlass zur Sorge. Das Niveau der Gesundheitsversorgung in der Schweiz aber auch in Graubünden ist sehr hoch und auch entsprechend teuer. Die Kostenentwicklung in den vergangenen Jahren - sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Versorgung - hat ein beängstigendes Ausmass angenommen. Parallel dazu haben sich auch die Aufwendungen des Kantons für Ergänzungsleistungen entwickelt. Die eingeleiteten kostendämpfenden Massnahmen, wie z.B. die KVG-Revisionen zeitigen nicht die gewünschten Resultate. Im Gegenteil, die Kostenspirale dreht sich laufend weiter. Die BDP vertritt die Ansicht, dass ein Marschhalt einzuschalten ist und die Strukturen in unserem Wirkungsbereich, d.h. auf Kantonsebene einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden müssen und wenn möglich, Anpassungen vorzunehmen sind. Die BDP ist sich bewusst, dass sich die Interessen verschiedener Akteure auf dem Gesundheitsmarkt konkurrenzieren. Tatsache ist aber, dass die öffentliche Hand an einem nicht unerheblichen Teil der Kosten partizipiert und dass die Politik deshalb im Interesse der Steuerzahler aktiv werden muss. In der Vernehmlassungsantwort zur Spitalplanung wurden denn auch einige Möglichkeiten aufgezeigt, bei denen aus Sicht der BDP Handlungsspielraum besteht, so zum Beispiel im Bereich der Hausärzte.

10 bis 11 Regionen

Die BDP unterstützt grundsätzlich die Vereinfachung der politischen, judikativen und administrativen Strukturen in Graubünden. Die Zusammenführung der Aufgaben der heutigen Bezirke und Regionalverbände in den künftigen Regionen ist sinnvoll. Es ist zudem richtig, dass die Regionen ihre Aufgaben von den Gemeinden und dem Kanton zugewiesen erhalten. Die BDP legt aber Wert darauf, dass den Regionen ein grosser Spielraum eingeräumt wird. Die einzelnen Regionen und deren Gemeinden haben nicht im ganzen Kanton die gleichen Bedürfnisse. Die Entscheidungsgremien der Regionen sollen deshalb selber darüber entscheiden können, welche Aufgaben sie den Regionen übergeben wollen. Die Regionen sollen nur in den Bereichen rechts- und handlungsfähig werden, in denen sie Aufgaben von den Gemeinden oder dem Kanton übertragen erhalten. Die Regionen müssen aber auf jeden Fall Statuten und Reglemente erlassen können. Die Statuten der Organisation und die Exekutivmitglieder sollen durch Volksabstimmungen resp. Volkswahlen bestimmt werden. Deren Organe müssen im Rahmen der Statuten verbindliche Entscheide fällen können, ohne dass jeder Entscheid noch zusätzlich den einzelnen Gemeinden zur Genehmigung unterbreitet werden muss. Anzustreben ist nach Meinung der BDP für alle Regionen die gleiche Organisationsform. Es darf jedoch nicht sein, dass aus-



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

schliesslich Gemeindevorstandsmitglieder in den Entscheidungsgremien der künftigen Regionen Einsitz nehmen dürfen. Aufgrund der Rahmenbedingungen sieht die BDP eine Anzahl von 10 bis 11 Regionen als Diskussionsgrundlage.

BDP Graubünden

Kontaktpersonen:

Jon Domenic Parolini, Präsident BDP GR, 079 280 72 92

Andy Kollegger, Medienstelle, 079 408 15 55

Chur, 18. Januar 2012